S 31 RJ 449/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 31 RJ 449/02 Datum 15.10.2003

2. Instanz

Aktenzeichen L 5 RJ 13/04 Datum 11.06.2004

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des Kl \tilde{A} ¤gers gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 15. Oktober 2003 wird zur \tilde{A} ½ckgewiesen. Die Beklagte hat dem Kl \tilde{A} ¤ger au \tilde{A} \Box ergerichtliche Kosten auch f \tilde{A} ½r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Der Kläger wendet sich dagegen, dass die ihm gewährte Rente wegen Berufsunfähigkeit ab 1. Januar 2001 wegen Ã□berschreitung der Hinzuverdienstgrenzen nicht mehr ausgezahlt wird.

Die Beklagte gew \tilde{A} ¤hrte dem 1942 geborenen Kl \tilde{A} ¤ger, der seit 1966 eine N \tilde{A} ¤herei betreibt, mit Bescheid vom 14. Februar 1996 Rente wegen Berufsunf \tilde{A} ¤higkeit ab 1. Februar 1995, weil er seit dem Vormonat seinen bisherigen Beruf als Zuschneider f \tilde{A} ½r Damenoberbekleidung nicht mehr aus \tilde{A} ½ben konnte. Der monatliche Zahlbetrag belief sich ab 1. Juli 2000 auf 1.038,82 DM.

Mit Schreiben vom 7. Oktober 2000 wies die Beklagte den Kl \tilde{A} $^{\mu}$ ger auf die ab 1. Januar 2001 f \tilde{A} 1 4r alle Bezieher einer Rente wegen Erwerbsminderung geltenden

Hinzuverdienstregelungen hin und forderte ihn auf, voraussichtlich anzurechnende Hinzuverdienste anzugeben, wobei die Einkünfte aus einer selbständigen TÄxtigkeit durch Einkommensteuerbescheid oder Bescheinigung des Steuerberaters für das Vorjahr darzulegen seien. Nachdem der Kläger mit Schreiben seines Steuerberaters vom 5. Dezember 2000 hatte mitteilen lassen, dass er aus seiner Näherei im Jahre 1999 Einkommen in Höhe von 72.503,- DM erzielt habe, hob die Beklagte mit Bescheid vom 7. Dezember 2000 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 31. Januar 2002 gemäÃ∏ § 48 Sozialgesetzbuch â∏∏ SGB â∏∏ X i.V.m. §Â§ 96 a, 313 SGB VI den Rentenbescheid vom 14. Februar 1996 mit Wirkung vom 1. Januar 2001 hinsichtlich der RentenhĶhe auf. Zur Begründung führte sie im Wesentlichen aus, mit dem In-Kraft-Treten neuer gesetzlicher Regelungen sei eine wesentliche VerÄxnderung der VerhÄxltnisse eingetreten. Unter Zugrundelegung des monatlichen Durchschnittseinkommens im Jahre 1999 in Höhe von 6.041,91 DM bestehe wegen Ã∏berschreitens sämtlicher Hinzuverdienstgrenzen ab 1. Januar 2001 kein Anspruch mehr auf Auszahlung der Berufsunfähigkeitsrente. Ã∏nderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse seien zur Prüfung einer Wiederaufnahme der Zahlungen unverzüglich mitzuteilen. Die individuellen Hinzuverdienstgrenzen fýr den Kläger waren in der Anlage 19 zum Ausgangsbescheid aufgefļhrt, auf die wegen der Einzelheiten Bezug genommen wird. Unter Zugrundelegung der vom KlĤger im Kalenderjahr vor Eintritt der BerufsunfA¤higkeit erzielten 0,8415 Entgeltpunkte ergab sich fA¼r eine 1/3-BerufsunfĤhigkeitsrente ein hĶchstmĶglicher Hinzuverdienst von monatlich 3.577,01 DM (entsprechend 1.828,90 EUR).

Zur Begründung der dagegen am 26. Februar 2002 erhobenen Klage hat der KlĤger geltend gemacht, der Bescheid der Beklagten sei schon formell rechtswidrig, da ihm keine ordnungsgemäÃ∏e Anhörung vorausgegangen sei. Fýr die Zahlungseinstellung fehle es ýberdies an einer wirksamen Rechtsgrundlage, da <u>§ 313 SGB VI</u> in der ab 1. Januar 2001 geltenden Fassung wegen Versto̸es gegen Art. 14 und 20 des Grundgesetzes rechtswidrig sei. Er habe bereits seit 1995 eine anrechnungsfreie BerufsunfĤhigkeitsrente bezogen, für die er annähernd 40 Jahre lang hohe Beiträge entrichtet habe. Der plĶtzliche vĶllige Wegfall dieser Rente sei unzumutbar und unverhältnismäÃ∏ig. Ihm sei Vertrauensschutz jedenfalls in Form einer schrittweisen Rentenkürzung zuzubilligen, zumal die Rentenversicherungsträger es versäumt hätten, betroffene Bestandsrentner bereits 1996 bei erstmaliger Einführung der Hinzuverdienstgrenzen aufzuklären. Drohende Konsequenz der Zahlungseinstellung sei auch, dass er seinen Betrieb, in dem er seit 1996 nur noch direktive Aufgaben wahrnehmen kA¶nne, aufgeben mA¼sse und hierdurch 15 BeschÄxftigte im Alter zwischen 50 und 58 Jahren ihre Arbeit verlieren und Sozialleistungen beziehen wÃ¹/₄rden.

Das Sozialgericht hat die Klage mit Urteil vom 15. Oktober 2003 abgewiesen und in den Entscheidungsgr \tilde{A}^{1} nden, auf die wegen der Einzelheiten Bezug genommen wird, im Wesentlichen sinngem $\tilde{A}^{x}\tilde{A}^{y}$ ausgef \tilde{A}^{1} hrt, die zul \tilde{A}^{x} ssige Klage sei nicht begr \tilde{A}^{1} ndet. Die angefochtenen Bescheide seien rechtm $\tilde{A}^{x}\tilde{A}^{y}$ und verletzten den Kl \tilde{A}^{x} ger nicht in seinen Rechten. Es k \tilde{A}^{y} nne offen bleiben, ob der Kl \tilde{A}^{x} ger durch das Schreiben der Beklagten vom 7. Oktober 2000 mit den Hinweisen auf die

anstehenden Rechtsänderungen wirksam im Sinne des § 24 Abs. 1 SGB X angehört worden sei. Die Anhörung könne nach § 24 Abs. 2 Nr. 3 SGB X entbehrlich sein, weil die Beklagte bei ihrer Entscheidung nicht von den vom KlĤger auf Anfrage angegebenen Einkommen abgewichen sei. Jedenfalls sei aber eine etwaig fehlende Anhörung im Widerspruchsverfahren nach § 41 Abs. 1 Nr. 3. Abs. 2 SGB X geheilt worden. Grundlage der angefochtenen Bescheide der Beklagten sei <u>§ 48 Abs. 1 SGB X</u>, dessen Voraussetzungen vorlĤgen. Der Rentenbescheid vom 14. Februar 1996 sei hinsichtlich der RentenhĶhe mit Wirkung ab 1. Januar 2001 aufzuheben gewesen, weil durch ̸berschreiten der seit- dem gemäÃ∏ <u>§Â§ 313</u>, <u>96 a SGB VI</u> auch fþr Bestandsrentner geltenden Hinzuverdienstgrenzen eine wesentliche ̸nderung eingetreten sei. Nach § 15 SGB IV sei das Arbeitseinkommen eines SelbstÄxndigen der nach den GrundsÄxtzen des Einkommensteuerrechts zu ermittelnde Gewinn. Mangels eines aktuelleren Einkommensteuerbescheides sei nicht zu beanstanden, dass die Beklagte für die Zeit ab 1. Januar 2001 das dem Kläger bescheinigte monatliche Durchschnittseinkommen von 6.041,91 DM aus dem Jahre 1999 zugrunde gelegt habe. Eine danach eingetretene Verringerung des Einkommens habe der KlĤger nicht geltend gemacht. Die für ihn geltenden Hinzuverdienstgrenzen habe die Beklagte den gesetzlichen Vorschriften entsprechend zutreffend ermittelt, was vom KlĤger auch nicht bestritten werde. Sein Einkommen liege über der höchsten Hinzuverdienstgrenze. Die genannten Vorschriften seien nicht verfassungswidrig. Der vom Kläger behauptete VerstoÃ∏ gegen Art. 14 und 20 GG liege nicht vor. In der gesetzlichen Erstreckung der Hinzuverdienstgrenzen ab 1. Januar 2001 auch auf die BerufsunfÄxhigkeitsrenten, die vor dem 1. Januar 1996 bestanden hÄxtten, liege eine zulÄxssige Inhalts- und Schrankenbestimmung des Renteneigentums. Die Kammer schlie̸e sich insoweit den zutreffenden Ausführungen des Bundessozialgerichts in der Entscheidung vom 6. März 2003 â∏∏ B 4 RA 8/02 â∏∏ an. Danach umfasse die Regelung des § 313 SGB VI nur Zahlungsansprüche aus dem (Stamm-)Recht auf Rente. Das subjektive Stammrecht und dessen Wert blieben von den Hinzuverdienstgrenzen unberļhrt. Zwar unterfielen auch die betroffenen Zahlungsansprüche dem Schutz des Art. 14 GG, sie würden aber mit der gesetzlichen Neuregelung in nicht zu beanstandender Weise neu bestimmt, um eine ̸bersicherung zu verhindern. Bei Addition der Rente und des erzielten Erwerbseinkommens kA¶nne der Versicherte sonst GeldbetrA¤ge erhalten, die weit über das Sicherungsziel der Rente â∏ Kompensation für Erwerbsminderung â∏ hinausgingen. Die konkrete rechtliche Ausgestaltung als Inhalts- und Schrankenbestimmung sei noch verhältnismäÃ∏ig erfolgt. Die Hinzuverdienstgrenzen des <u>§ 313 SGB VI</u> seien fÃ¹/₄r die Bestandsrentner anders geregelt als fýr die NeufÃxlle in § 96 a Abs. 2 SGB VI. Beide Regelungen orientierten sich aber mit der Bezugnahme auf den aktuellen Rentenwert, vervielfÄxltigt mit den Entgeltpunkten des letzten Kalenderjahres (<u>ŧ 313 SGB VI</u>) oder der letzten drei Kalenderjahre (§ 96 a Abs. 2 Nr. 1 SGB VI) an dem erzielten und versicherten Einkommen. Dies sei systemgerecht und nicht zu beanstanden. Hinsichtlich der HA¶he im Einzelnen verfA¼ge der Gesetzgeber im Bereich des normgeprÄxgten Grundrechts des Art. 14 GG im Allgemeinen und bei der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme im Besonderen über einen weiten Gestaltungsspielraum. Die bei den drei Hinzuverdienstgrenzen für die GewĤhrung einer vollen oder teilweisen Rente gewĤhlten Multiplikationsfaktoren

(52,5, 70, 87,5) seien als Ausdruck einer erlaubten Typisierung nicht zu beanstanden. Der Gesetzgeber sei nicht verpflichtet, die Hinzuverdienstgrenze so zu wählen, dass â∏∏ wie im Falle des Klägers â∏∏ ein vom Rentenberechtigten geführtes Gewerbe damit subventioniert werde. Dies gelte auch für die Behauptung des KIägers, dass er bei Wegfall der Rente die Raten für seine Eigentumswohnung nicht mehr aufbringen kA¶nne. Dem Rentenberechtigten bleibe mit den gesetzlich bestimmten Hinzuverdienstgrenzen ausreichend Raum für zusÄxtzliches Erwerbseinkommen. Die Regelung sei auch hinsichtlich der Geltung für "Altfälle" verfassungsgemäÃ∏. Der Gesetzgeber habe mit der zum 1. Januar 1996 eingeführten Vertrauensschutzregelung Bestandsrentner bis einschlieÃ∏lich Dezember 2000 von der Anwendung der Hinzuverdienstgrenze ausgenommen, so dass diese einen angemessenen Zeitraum gehabt hÄxtten, sich auf die neue Rechtslage einzustellen. Entgegen der Auffassung des KlAzgers hAztten die betroffenen Rentner seinerzeit nicht einzeln über die Neuregelung informiert werden mýssen, denn ein Gesetz gelte mit seiner Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt allgemein als bekannt. Der Gesetzgeber sei bei der erforderlichen ̸bergangsregelung auch nicht verpflichtet, die Technik einer stufenweisen EinfA¼hrung der Neuregelung zu wAxhlen, sondern kA¶nne dem Vertrauensschutz auch durch eine Ã□bergangszeit gerecht werden. Die gesetzliche Neuregelung versto̸e auch nicht gegen das Rechtsstaatsgebot des Art. 20 GG. Zwar handele es sich hier um eine unechte Rückwirkung, nämlich um einen Eingriff in einen noch nicht abgeschlossenen Tatbestand, der jedoch zulÄxssig sei, wenn die Bedeutung des gesetzgeberischen Anliegens fÃ1/4r das Wohl der Allgemeinheit bei einer AbwĤgung mit dem Vertrauensschaden des Einzelnen letzteren überwiege. Das sei hier der Fall, weil mit der gesetzlichen Ausgestaltung als A\(\)\bersicherungseinwand gegen\(\text{A}\)\\\\delta\ber dem monatlichen Zahlungsanspruch nicht das Stammrecht auf Rente berührt werde. Dabei sei das Vertrauen der Bezieher von Erwerbsminderungsrenten schon dadurch abgeschwĤcht gewesen, dass die Hinzuverdienstgrenzen für Bezieher vorzeitiger Altersrente nach § 34 Abs. 2 SGB VI bereits gegolten hÃxtten und insoweit eine Gleichstellung erfolgt sei. FÃ1/4r die vom KlÃxger hilfsweise beantragte Aussetzung des Verfahrens zur Klärung der VerfassungsmäÃ∏igkeit der entscheidungserheblichen Normen habe daher kein Anlass bestanden.

Gegen das seinem ProzessbevollmĤchtigten am 17. Februar 2004 zugestellte Urteil richtet sich die am 8. MĤrz 2004 eingegangene Berufung des KlĤgers. Er ist weiterhin der Auffassung, dass ihm die BerufsunfĤhigkeitsrente in voller HĶhe auch über den 31. Dezember 2000 hinaus zu zahlen sei. Die vollstĤndige Einstellung der seit 1995 bezogenen Rente sei ein unverhältnismäÃ∏iger und damit verfassungswidriger Eingriff. Bei Abwägung der jeweiligen schützenswerten Interesse komme seinem Vertrauensschutz ein deutliches Ã∏bergewicht zu. Eine Kürzung der Renten wegen Berufsunfähigkeit sei allenfalls dann verfassungsgemäÃ∏, wenn dies zu einer deutlichen Ausgabenreduzierung der gesetzlichen Rentenversicherung führen und für deren Fortbestand eine nicht unerhebliche Bedeutung haben würde. Er gehe davon aus, dass von der Neuregelung der §Â§ 302 b, 313 SGB VI nur ein relativ geringer Teil der Versicherten betroffen und die Ausgabenreduzierung im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung zu

vernachlÄxssigen sei. Das Sozialgericht habe es versÄxumt, die Relevanz der möglichen Einsparung zu ermitteln. Das Bundessozialgericht habe in seinen vom Sozialgericht zitierten Entscheidungen vom 6. März 2003 â∏∏ <u>B 4 RA 8/02 R</u> â∏∏ und $\hat{a} \sqcap B 4 RA 35/02 R$ $\hat{a} \sqcap \Box$ die Regelungen der $\hat{A} \S \hat{A} \S 302 b$, 313 SGB VI zwar im Grundsatz für verfassungsgemäÃ∏ gehalten, aber offen gelassen, ob dies auch für die nähere Ausgestaltung der drei Gruppen von Hinzuverdienstgrenzen â∏∏ vornehmlich der Hinzuverdienstfaktoren â∏∏ gelte und im Ã∏brigen eine AbwĤgung der rechtlich schļtzenswerten Interessen nicht mit der gebotenen Ausführlichkeit und Ã∏berzeugungskraft vorgenommen. Das BSG sehe eine Rechtfertigung für die massive Leistungskürzung nämlich allein in dem $\tilde{A} \cap \text{bersicherungseinwand}$. Dies $k\tilde{A} \cap \text{nne}$ aber schon deshalb nicht $\tilde{A} \cdot \sqrt{4}$ berzeugen, weil die Vermeidung einer Ä\(\text{Dbersicherung kein grunds\text{A}}\)\(\text{zliches Prinzip der}\) gesetzlichen Rentenversicherung darstelle und an verschiedenen Stellen durchbrochen werde, z.B. in <u>§ 93 SGB VI</u>. SchlieÃ∏lich habe das BSG auch nicht ausreichend die Interessen der BerufsunfĤhigkeitsrentenbezieher berļcksichtigt, die angesichts der bestehenden kA¶rperlichen EinschrA¤nkungen auf Kosten ihrer Gesundheit weiterarbeiteten und einen hohen Hinzuverdienst erzielten.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 15. Oktober 2003 sowie den Bescheid der Beklagten vom 7. Dezember 2000 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 31. Januar 2002 aufzuheben, hilfsweise, das Verfahren auszusetzen und dem Bundesverfassungs- gericht nach <u>Art. 100 GG</u> folgende Frage zur Entscheidung vorzu- legen:

"Sind die Regelungen des <u>ŧ 302 b SGB VI</u> in der am 31.12.2000 geltenden Fassung und <u>ŧ 313 SGB VI</u> in der ab 01.01.2001 geltenden Fassung mit <u>Artikel 14 Abs. 1 Satz 1 GG</u> sowie <u>Artikel 20 Abs. 1 und 3 GG</u> vereinbar, soweit danach Bestandsrentner, die neben einer Rente wegen BerufsunfĤhigkeit Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen beziehen, ab dem 01.01.2001 eine volle Kýrzung der Rente hinnehmen mýssen?"

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie h \tilde{A} $^{\mu}$ It das angefochtene Urteil f \tilde{A} $^{\mu}$ r zutreffend.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts wird auf die von den Beteiligten gewechselten SchriftsĤtze nebst Anlagen sowie auf den sonstigen Akteninhalt Bezug genommen. Die Beteiligten haben sich mit Entscheidung durch Urteil ohne mündliche Verhandlung einverstanden erklĤrt. Die den Kläger betreffenden Rentenakten der Beklagten haben dem Senat bei der Beratung und Entscheidung vorgelegen.

Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Berufung des KlĤgers über die der Senat gemäÃ∏ § 124 Abs. 2 SGG ohne mþndliche Verhandlung entscheiden durfte, ist nicht begrþndet. Das Sozialgericht hat die Sach- und Rechtslage zutreffend beurteilt. Der angefochtene Bescheid der Beklagten vom 7. Dezember 2000 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 31. Januar 2002 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten.

Die Beklagte hat zu Recht gemÃxÃ $\$ $\frac{A}{8}$ 48 Abs. 1 SGB X den Rentenbescheid vom 14. Februar 1996 mit Wirkung ab 1. Januar 2001 geÃxndert und die laufenden Rentenzahlungen eingestellt, weil das Erwerbseinkommen des KlÃxgers die seitdem auch fÃx7 ihn gemÃx7 $\frac{A}{8}$ 8 313, 96 a SGB VI in der Fassung des Gesetzes vom 20. Dezember 2000 (BGBI. I S. 1827) geltenden Hinzuverdienstgrenzen $\frac{A}{4}$ 4 bersteigt.

Dass die Beklagte das geltende Recht zutreffend angewendet hat, ist zwischen den Beteiligten nicht streitig. Das Einkommen, das der KlAzger aus seiner selbstĤndigen TĤtigkeit erzielt und das die Beklagte in nicht zu beanstandender Weise mit dem monatlichen Durchschnittseinkommen des Jahres 1999 in HA¶he von 6.041,91 DM zugrunde gelegt hat, liegt deutlich über sämtlichen Einkommensgrenzen des <u>§ 313 Abs. 3 Nr. 2 SGB VI</u>, so dass gemäÃ∏ <u>§ 96 a Satz</u> 1 SGB VI die BerufsunfĤhigkeitsrente ab 1. Januar 2001 nicht mehr auszuzahlen ist. Die Einkommensgrenzen hat die Beklagte zutreffend nach den gesetzlichen Vorgaben des <u>§ 313 Abs. 3 SGB VI</u> berechnet, indem sie den aktuellen Rentenwert ab 1. Juli 2000 (48,58 DM) mit den vom KlĤger im letzten Jahr vor Eintritt der BerufsunfĤhigkeit erzielten Entgeltpunkten (1994: 0,8415) und dem jeweiligen Faktor für den rentenunschädlichen Hinzuverdienst bei einer vollen oder teilweisen BerufsunfĤhigkeitsrente multipliziert hat (52,5, 70, 87,5). Hieraus ergibt sich als h\(\tilde{A}\)\(\tilde{I}\)chstm\(\tilde{A}\)\(\tilde{I}\)glicher Hinzuverdienst, der jedenfalls zur Zahlung von einem Drittel der dem Kl\tilde{A}\tilde{x}ger zuerkannten Berufsunf\tilde{A}\tilde{x}higkeitsrente f\tilde{A}^{1}\tilde{4}hren w\tilde{A}^{1}\tilde{4}rde, ein Betrag von monatlich 3.577,01 DM, den der KIAxger mit A¼ber 2.400,- DM überschreitet.

Die Gesamtregelung der Hinzuverdienstgrenzen bei Erwerbsminderungsrenten, die ab 1. Januar 2001 auch bei Bestandsrentnern mit hohem Hinzuverdienst wie beim KlÄ α ger nach einer \tilde{A} bergangsfrist von f \tilde{A} 1/4nf Jahren zu Einkommenseinbu \tilde{A} en f \tilde{A} 1/4hrt, ist nicht verfassungswidrig. Der vom Kl \tilde{A} 2 ger behauptete Versto \tilde{A} 1 gegen die \tilde{A} 1. 3, 14 und 20 \tilde{A} 5 liegt nicht vor.

Das Sozialgericht hat zu den vom KlĤger vorgetragenen verfassungsrechtlichen Bedenken unter Heranziehung einschlĤgiger Rechtsprechung des Bundessozialgerichts im Einzelnen Stellung genommen. Der erkennende Senat nimmt gemĤÄ∏ ŧ 153 Abs. 4 SGG zur Vermeidung von Wiederholungen auf diese zutreffenden AusfĹ¼hrungen Bezug. Nachdem der 4. Senat des Bundessozialgerichts in seinen Urteilen vom 17. Dezember 2002 â∏ B 4 RA 23/02 R â∏ sowie vom 6. MĤrz 2003 â∏ B 4 RA 8/02 R â∏ in gewohnter Ausfù¼hrlichkeit und mit wohlabgewogenen Argumenten dargelegt hat, dass die Regelungen ù¼ber den Ã∏bersicherungseinwand bei Ã∏berschreiten der Hinzuverdienstgrenzen bei Rente wegen Berufsunfähigkeit durch die §Â§ 313 und 96 a SGB VI im Grundsatz

verfassungsgemäÃ☐ sind, liegt inzwischen auch eine höchstrichterliche Entscheidung vor, die sich darüber hinaus konkret mit den drei individuellen Hinzuverdienstgrenzen auseinandersetzt. Der 5. Senat des BSG hat mit seinem Urteil vom 28. April 2004 â☐ B 5 RJ 60/03 R â☐ die Anwendung der Einkommensgrenzen fþr Bestandsrentner ab 1. Januar 2001 gemäÃ☐ §Â§ 313, 96 a SGB VI in der Fassung des Gesetzes vom 20. Dezember 2000 ebenfalls gebilligt. Zwar liegen die vollständigen Entscheidungsgrþnde dieses Urteils noch nicht vor, die Ausführungen des BSG in der Presse-Mitteilung Nr. 22/04 vom 29. April 2004 enthalten jedoch die wesentlichen Argumente, mit denen die auch vom dortigen Kläger gerügten VerfassungsverstöÃ☐e mit aller Deutlichkeit zurückgewiesen werden:

"Mit Blick auf die Eigentumsgarantie und das Rechtsstaatsprinzip (Art. 14 GG und Art. 20 GG) handelt es sich um eine legitime und vor allem verhĤltnismĤÄ∏ige Begrenzung des monatlichen Zahlbetrags der Rente, ausgehend von der gesetzgeberischen Intention, eine Ã\u00f4ber- sicherung abzubauen und die sog. Lohnersatzfunktion der Rente zu stĤrken â∏ d.h. mit Einkommen und Rente sollte das Nettoeinkommen vor dem Ver-sicherungsfall der BU nicht wesentlich überschritten werden. Eine sog. "Prestigerente" allein wegen des Verlustes der bisherigen beruflichen Stellung bei Weiterarbeit in einer hoch bezahlten "unzumutbaren", unqualifizierten TÃxtig- keit sollte nach der Neuregelung nicht mehr gezahlt werden. Auch sozialpolitische Ziele, wie die Herstellung einer generationenübergreifenden Belastungsgerechtig- keit, rechtfertigen nach einer ̸bergangsfrist die Modifizierung von Bestandsrenten. Einem jungen Beitragszahler ist es kaum zu vermitteln, dass er laufende BU-Renten finanziert, die zu einer ̸bersicherung führen, er aber selbst gegen das Risiko der BU nicht mehr versichert ist. Zudem war nach den gesetzlichen Vorgaben dem Anspruch auf die BU-Rente stets die Hinnahme eines zumutbaren Mindereinkommens immanent. Die Ausgestaltung der drei individuellen Hinzuverdienstgrenzen ist auch im Detail nicht zu beanstanden oder unter verfassungsrechtlichem Aspekt fragwürdig. Denn die erste Kýrzungsstufe wird in der Regel erst überschritten, wenn die durchschnittliche BU-Rente zusammen mit dem Hinzuverdienst A¼ber dem bisherigen (fiktiv fortgeführten) Nettoeinkommen vor Eintritt des Versicherungsfalles liegt. Die weiteren Stufen setzten ein Gesamteinkommen aus Rente und Hinzuverdienst voraus, das ganz erheblich das Einkommen vor Eintritt des Versicherungsfalles überschreitet. Die Hinzuverdienstgrenzen sind gerade wegen ihrer groben Abstufung individuell im Voraus bestimmbar und praktikabel, denn jeder Rentenbezieher kann und soll innerhalb dieser drei Grenzen sein (ggf. variables) Arbeitseinkommen entsprechend steuern. Art. 3 GG ist nicht verletzt, denn alle vorzeitigen Renten wegen geminderter ErwerbsfĤhigkeit sind von Hinzuverdienstgrenzen abhĤngig. Ausgenommen sind die Regelaltersrentner, mit denen sich der Kläger aber nicht vergleichen kann. Unzulägsig ist auch der Vergleich mit einem BU-Rentenbezieher, der nicht weiterarbeiten will oder kann, denn die BU-Rente ist auf Hinzuverdienst angelegt und nur dieser få¼hrt erst bei ̸berschreiten einer der drei Grenzen zu einer Beschränkung des monatlichen Zahlbetrags der Rente."

Diesen Ausführungen schlieÃ□t sich der erkennende Senat in vollem Umfang an.

Ergänzend und zum Berufungsvorbringen ist nur noch zu bemerken, dass im Falle des Klägers von einem unverhältnismäÃ∏igen Eingriff auch deshalb nicht die Rede sein kann, weil zum einen die ihm gewährte Berufsunfähigkeitsrente nur etwa ein Siebentel seiner monatlichen Einkünfte darstellte, also eher der "Hinzuverdienst" zu seinen Einkünften aus Gewerbebetrieb war, und andererseits niemand von ihm erwartet, dass er auf Kosten der Gesundheit arbeitet, um einen so hohen Gesamtverdienst zu erzielen.

Die Berufung des KlĤgers konnte daher in der Sache keinen Erfolg haben. Für die von ihm hilfsweise beantragte Aussetzung des Verfahrens zur Klärung seiner verfassungsrechtlichen Bedenken besteht keinerlei Veranlassung.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u> und folgt dem Ergebnis in der Hauptsache.

 $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde $f\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Zulassung der Revision nach $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 Nr. 1 oder}}{1 \text{ oder}}$ 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 12.11.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024